

Renten-Krise:

US-Pensionsfonds muss Auszahlungen kürzen

Deutsche Wirtschafts Nachrichten 21.04.16

Ein großer amerikanischer Rentenfonds hat um die Erlaubnis gebeten, die Auszahlungen an seine Kunden zu kürzen. Zudem gab der Fonds bekannt, dass man unter den gegebenen Umständen im Jahr 2025 bankrott wäre. Hilfe vom staatlichen Sicherungssystem ist nicht zu erwarten: auch dieses gab inzwischen an, dem Bankrott entgegen zu gehen.



Das amerikanische Rentensystem ist deutlich unterfinanziert. (Foto: dpa)

In den USA hat der Rentenfonds Central States Pension Fund (CSPF) um die Erlaubnis gebeten, die Auszahlungen an seine Kunden beschneiden zu dürfen, wie der Finanzblog Zerohedge berichtet. Die Regelung könnte bei positivem Bescheid zum 1. Juli des laufenden Jahres in Kraft treten. Bei einer Beibehaltung der derzeitigen Auszahlungsverpflichtungen wäre man im Jahr 2025 bankrott, so der Fonds.

Im vergangenen Jahr erwirtschaftete der Fonds eine durchschnittliche negative Rendite von 0,81 Prozent – er verlor also Gelder, die ihm anvertraut wurden. Über 250.000 Rentner sind gegenwärtig auf die Auszahlungen des CSPF angewiesen. Eine Beschneidung der Auszahlungen von Rentenfonds ist erst seit Dezember 2014 möglich. Damals wurde ein Gesetz erlassen, das den Fonds entsprechende Maßnahmen gestattet, wenn ihnen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren das Geld auszugehen droht.

Zerohedge zufolge zahlt der CSPF gegenwärtig für jeden eingezahlten Dollar etwa 3,46 Dollar aus. Dadurch übersteigen die gesamten Auszahlungen die Einzahlungen um rund 2 Milliarden Dollar jährlich – der Hauptgrund für die prognostizierte Insolvenz im Jahre 2025.

Zwar existiert in den USA ein staatlicher Sicherungsfonds (Pension Benefit Guaranty Corporation – PBGC), der die Ausfälle bankrotter Pensionsfonds ausgleichen soll, **doch diesem fehlen alleine schon die nötigen Mittel, um einen Ausfall des CSPF auszugleichen.** Am Ende des Fiskaljahres 2015 verfügte der PBGC über Finanzmittel von 1,9 Milliarden Dollar. Zu allem Überfluss gab auch der PBGC mit Blick auf die derzeitige finanzielle Situation an, im Jahr 2025 ebenfalls bankrott zu sein.

Dem PBGC zufolge erfüllen derzeit etwa 10 Prozent der 1400 Rentenpläne die notwendigen Voraussetzungen, um Auszahlungskürzungen zu beantragen. „Dies wird zu einer nationalen Krise für hunderttausende – oder sogar Millionen – Rentnern und deren Familien führen. Und es wird die Schleusen für weitere Kürzungen öffnen“, wie die Präsidentin des Pension Rights Centers von Zerohedge zitiert. Erst kürzlich wurde bekannt, dass die Finanzierungslücke im amerikanischen Rentensystem rund drei Mal so groß ist wie bislang angenommen.